

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Die Postgebühren sind in der Preisangabe enthalten. Die Postgebühren sind in der Preisangabe enthalten. Die Postgebühren sind in der Preisangabe enthalten.



Wagenpreis: die 4spaltige Nummer 20 Rpf., die 4spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 142 — 91. Jahrgang Teleg.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Montag, den 20. Juni 1932.

Die lange Bank.

Bis vor wenigen Tagen waren, durch die immer wiederholten Erfahrungen vergangener Jahre ohne weiteres berechtigt, die Erwartungen für die Reparationskonferenz in Lausanne gleich Null. Im Augenblick der Eröffnung der Konferenz scheint die Lage plötzlich etwas ermutigender auszuweisen, aber kann jemand glauben, daß die Betonung nicht mit Recht doch auf dem Wörtchen „scheint“ liegt? Der Konferenzbeginn hat einen Entschluß jütage gefördert, der vorsieht, daß Deutschland zunächst ein weiteres Moratorium der Young-Plan-Zahlungen für die Dauer der Konferenz erhält, und daß in der Zwischenzeit die endgültige Liquidierung der Reparationen und Schulden vorbereitet werden soll.

Diese Bestimmungen kommen einem merkwürdig bekannt vor, und bei näherem Zusehen stellt sich denn auch heraus, daß bereits vor Wochen von dem Verleihen eines solchen englisch-französischen Planes geredet wurde. Damals wurde allerdings fleißig dementiert, als es in der ausländischen Presse hieß, man sei entschlossen, die Konferenz von Lausanne ohne Ergebnis zu vertagen und die Beratung des Reparationsproblems auf die lange Bank zu schieben. Ein auch nur oberflächlicher Vergleich zwischen dem, was damals behauptet wurde, und dem jetzt vorgebrachten Plan zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es sich durchaus um dasselbe handelt, mag man es vor Wochen auch unfreundlicher, dafür aber sachlich zutreffender ausgedrückt haben. So wird denn auch die Konferenz von Lausanne ein müßiges und nutzloses diplomatisches Spiel bleiben. Wozu eine Konferenz, die nur beschließt, daß man einen Weg aus der verworrenen Lage suchen müsse? Wozu diese Konferenz, zu der außerordentlich wichtige Hauptbeteiligte wie Österreich, Ungarn und Bulgarien nicht einmal eingeladen sind? Hat man Bedenken, die Vertreter dieser Länder könnten allzu erschreckende Worte über das Schicksal ihrer Staaten, die bereits einen Schritt weiter auf der Lebensbahn sind als das übrige Europa, aussprechen? Es ist müßig, auf alle diese Fragen eine Antwort zu erwarten. Die Geschichte selbst geben sie. Man braucht sich nur einmal kurz zusammenfassend zu vergegenwärtigen, welche für Deutschland unannehmbaren Forderungen Frankreich durch den Mund Herriots gestellt hat. Der „Vajiffi“ Herrlot hat sich in seiner Rede schlimmer als Tardeu gezeigt. Er hielt eine echte Poincaré-Rede! Frankreich ist zwar auch noch dieser Erklärung zur „Enbidlung“ bereit, es stellt dafür aber folgende Bedingungen:

Eine politische Erklärung der in Lausanne versammelten Mächte, die der „Sicherheit“ dienen, also eine Bestätigung von Versailles sein soll, und eine Abschlußzahlung Deutschlands an Frankreich, entweder durch Sicherung einer Hypothek auf die Reichsbahn in Höhe von sechs Milliarden oder, falls Deutschland das aus sachlichen Gründen ablehnt, eine Sicherung in anderer Form.

Diese französischen Forderungen kann und wird die deutsche Delegation nicht annehmen! Wie die Entwicklung weitergeht, zeichnet sich schon ganz klar ab. Einige europäische Staaten haben ihre Auslandszahlungen, oder richtiger gesagt, die Umwandlung dieser Zahlungen in die Währung des Gläubigers, eingestellt. Nicht aus Mitleid, sondern aus ganz selbstverständlicher technischer Unmöglichkeit. Die meisten anderen Staaten, darunter Deutschland, schränken die Umwandlungsmöglichkeit durch Zwangsverwirtschaftung der Devisen weitgehend ein, naturgemäß aus den gleichen Gründen. Die wenigen übrigbleibenden Staaten drohen, obwohl es für sie im Augenblick noch keine Lebensfrage ist, mit Vergeltungsmaßnahmen. Uns selbst gegenüber betätigen sich in dieser Richtung augenblicklich Holland, Belgien und Italien. Sie tun damit ebensowenig etwas Verdammenswertes wie Deutschland mit seiner selbstverständlichen Weigerung, ihre Wünsche zu erfüllen, man kann ihnen im Gegenteil nur bestätigen, daß sie für ihre eigenen Interessen frühzeitig und geschickt zu sorgen wissen. Aber wozu das alles führt, wenn es nicht in aller nächster Zeit zu ganz grundlegenden Eingriffen kommt, ist völlig klar: die Abschließung der Länder voneinander muß praktisch den internationalen Gütertausch völlig lahmlegen, die Länder kommen, ob sie wollen oder nicht, zur Autarkie, d. h. es kann in jedem einzelnen Lande nur noch das verzehrt oder verbraucht werden, was in diesem Lande selbst erzeugt wird. Daß eine solche plötzliche Umstellung im ganzen nicht ohne schwere Erschütterung abgehen kann, ist klar, mag man die allmähliche Erreichung der wirtschaftlichen Autarkie für ein Land auch erstrebenswert halten.

Die Grundzüge solcher Überlegungen sind wahrhaftig nicht neu, der Gang der Ereignisse bestätigt sie tagtäglich, wer also kann sich eigentlich erklären, worauf noch gewartet wird? Sollte Frankreich ernsthaft glauben, die Ernte so einfahren zu können, wie es sich das vorgestellt hat? Es scheint trotz allem so, und unter diesen Umständen ist nicht abzusehen, wie das Ganze einmal ohne Gewaltmaßnahmen enden soll.

Die Wahlen zum hessischen Landtage.

Am 19. Juni fanden in Hessen Neuwahlen zum Landtag statt, für die seit Wochen von allen politischen Parteien ein überaus reger Kampf geführt wurde, in dessen Verlauf unzählige Versammlungen abgehalten wurden. Der alte Landtag, der erst am 15. November 1931 gewählt worden war, mußte aufgelöst werden, da der Staatsgerichtshof die Wahl auf Grund einer Klage der Wirtschaftspartei für ungültig erklärte. In ihm war die SPD, mit 27 Sitzen die stärkste Partei, während die SPD, 15, das Zentrum 10, die SPD, 10, die SPD, 2, das Landvolk 2 und die DVP, 2, Staatspartei und der Christlichsozialer Volksdienst je einen Sitz innehatten.

Obwohl unmittelbar nach der Novemberwahl Koalitionsverhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum eingeleitet wurden, kam eine Regierungsbildung nicht zustande, so daß bis zum heutigen Tage die alte, aus Vertretern der Weimarer Koalition zusammengesetzte Regierung geschäftsführend im Amt ist.

Für die diesmalige Wahl waren neun Listen aufgestellt, und zwar 1. Sozialdemokraten, 2. Zentrum, 3. DVP (Komm. Opposition), 4. SPD, 5. Liste Leuchtens, 6. DVP, 7. NSDAP, 8. Hessische Demokraten, 9. Nationale Einheitsliste. In dieser Einheitsliste gehört die DVP, Staatspartei, Christlichsoz. Volksdienst, Volksrechtspartei, Landvolk und Wirtschaftspartei. Einige Parteien sind noch untereinander Listenverbindungen eingegangen, um jede Stimme bei der Verrechnung der Mandate auszunutzen zu können. Der hessische Landtag setzt sich aus 70 Abgeordneten zusammen, die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

Der Wahlsonntag ist, nachdem die Parteien am Sonnabend fast den ganzen Tag über noch einmal mit aller Macht ihre Wahlpropaganda entfaltet hatten, nach den bisher vorliegenden Meldungen nur in Mainz durch Überfälle auf Nationalsozialisten gestört worden. Ein Trupp Nationalsozialisten wurde von Kommunisten überfallen, wobei fünf Nationalsozialisten verletzt wurden. Auch zwei Kommunisten trugen Verletzungen durch Messerstiche davon. Der Wahlverlauf war sonst ziemlich ruhig. Wohl auch in Anbetracht des sommerlichen Wetters blieb die Wahlbeteiligung weit hinter den Erwartungen zurück. Bei den Wahlberechtigten machte sich infolge der häufigen Wahlen offenbar eine gewisse Wahlmüdigkeit bemerkbar. Die beiden letzten Wahlstunden waren etwas lebhafter, so daß man mit einer knapp 60- bis 70prozentigen Wahlbeteiligung rechnen darf.

Neue Erfolge der Nationalsozialisten aber keine absolute Mehrheit.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Wahlen zum hessischen Landtag lautet (die eingeklammerten Zahlen geben die Stimmzahl der Landtagswahlen 1931 bzw. die damals erzielten Mandate zum Vergleich an):

Sozialdemokraten 172 545 (168 101) 17 Mandate (15). Zentrum 108 603 (112 444) 10 M. (10). SPD, 11 697 (23 108) 1 M. (2). Kommunisten 82 111 (106 790) 7 M. (10). Dr. Leuchtens 2079 (—) 0 M. (—). Deutschnationale 11 267 (10 857) 1 M. (1). Nationalsozialisten 328 313 (291 183) 32 Mandate (27). Hess. Demokraten 4925 (4613) 0 M. (—). Nat. Einheitsliste 25 175 (68 208) 2 M. (5).

Die hessischen Wahlen haben gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien auch nicht durch ein Zusammengehen in einer Einheitsliste den Umarsch ihrer Wähler aufhalten konnten. Diese Liste hat gegenüber den Wahlen vom November 1931 nicht weniger als 43 000 Stimmen verloren. Der Zuwachs der Nationalsozialisten rekrutiert sich — wenn man von dem gewiß nicht unerheblichen Abgang von Wahlmännern gerade aus den bürgerlichen Kreisen abzieht — aus diesen Stimmen und aus den Verlusten der marxistischen Parteien, von denen die SPD, den starken Verlust von 24 600, die DVP von 11 400 Stimmen aufweisen. Die SPD verzeichnet einen kleinen Gewinn, während das Zentrum einen Verlust von 3800 Stimmen zeigt, der wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß die nichtatholischen Wähler dieser Partei diesmal ausgiebiger sind. Deutschnationale und Demokraten haben sich gehalten.

Fest steht, daß es den Nationalsozialisten trotz ihres erheblichen Zuwachses nicht gelungen ist, die absolute Mehrheit im Landtag zu erreichen. Sie erhalten 32 Mandate gegen bisher 27 Sitze. Die nationale Opposition verliert sich noch um den einen Sitz der Deutschnationalen Volkspartei. Selbst wenn — woran noch zu zweifeln ist — die Nationale Einheitsliste dieser Opposition durch ihre zwei Sitze verliert, würde erst die Zahl von 35 Sitzen erreicht, während 36 Sitze Voraussetzung für die Mehrheit sind. An den bisherigen parlamentarischen Verhältnissen hat sich also nichts geändert.

Des Kanzlers Mahnung an die Heimat

Reichskanzler von Papen spricht aus Lausanne.

Reichskanzler von Papen hielt von Lausanne aus eine Rundfunkrede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Er führte u. a. aus: Meine deutschen Landsleute! In dieser für Mitteilungen der Reichsregierung vorbehaltenen Rundfunkstunde sage ich Ihnen heute eigentlich nur den Gruß des Reichskanzlers und deutschen Delegationsführers in Lausanne, den Gruß an die deutsche Heimat. Sie alle werden es verstehen, daß ich aus dieser Konferenz, deren Ergebnis ein Stück deutschen Schicksals einschließen wird, jetzt noch nicht besondere Einzelheiten mitteilen möchte. Die Zeit für eine Erläuterung dessen, was hier in Lausanne vorgeht, wird noch kommen.

Lassen Sie mich aber hier von Lausanne aus anknüpfen an das von mir gebildete und geleitete neue Reichskabinett. Ich habe es hier für meine Pflicht gehalten, in persönlichen Besprechungen mit den Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands und mit dem italienischen Außenminister sowie in der Vollziehung der Lausanner Konferenz nicht nur ein ganz klares und plastisches Bild der Lage Deutschlands zu zeigen, sondern auch die Entstehung des neuen Reichskabinetts zu erklären und die Grundgedanken verständlich zu machen, die mich zur Übernahme meines schwierigen Amtes bewogen haben. Gerade hier in Lausanne muß ich das deshalb ganz deutlich sagen, weil die maßgebendsten Männer des Auslandes sowohl die Lage unseres Volkes wie auch die Absichten der neuen Regierung kennen und verstehen müssen, wenn diese Konferenz erfolgreich werden soll. Gemäß meiner Programmklärung will das neue Reichskabinett alle aufbauwilligen Kräfte unseres Volkes sammeln.

Unmöglich wäre es in dieser Zeit Deutschland zu führen und dabei Bewegungen gegenüber fremd zu

bleiben, die instinktmäßig und willensmäßig den Lebenswillen Deutschlands verkörpern. Wir wissen, daß Deutschland nicht für sich allein, auch bei höchster Anspannung des nationalen Selbstbehauptungswillens die heutigen Schwierigkeiten überwinden kann. Wir wissen, daß die Welt um so eher bereit sein wird, Deutschlands Not zu verstehen, als die Welt erkennt, wie sehr die deutsche Not die brennendste Wunde des gesamten Weltkörpers ist. Deutschland und die Welt brauchen gleichermaßen den entscheidenden Umschwung in der unheilvollen Nachkriegs-epoche, den herbeizuführen die Aufgabe dieser Konferenz ist.

Längst schon haben hervorragende Sachverständige des Auslandes festgestellt, daß die Gläubigerländer unter der jetzigen Vertrauenskrise und der allgemeinen Unsicherheit ebenso leiden wie die Schuldnerländer. Wenn ich als Leiter der deutschen Reichsregierung hier in Lausanne Verständnis für die deutsche Not fordere, so tue ich dies als der vor das Ausland gestellte Vertreter des ganzen deutschen Volkes. Soll die notwendige Einsicht in die Lage unseres Volkes sich durchsetzen, dann muß der Vertreter Deutschlands in Lausanne den geschlossenen Willen der Heimat hinter sich haben, muß das Ausland erkennen, daß die jetzige Regierung mit Zug und Recht die Vertretung dieses geschlossenen deutschen Willens für sich in Anspruch nimmt. Wir rufen der Heimat zu, daß nur ein geschlossener und einheitlicher nationaler Wille helfen kann. Der geschlossene Wille, dem widerspricht es nicht, wenn innenpolitische Meinungsverschiedenheiten bestehen. Sie dürfen nur nicht das wesentliche unserer deutschen Gemeinschaft verdunkeln. Weiß sie doch, daß es heute um Entscheidungen geht, die nichts Geringeres bedeuten als die Zukunft unserer Kultur, Rasse und Nation, als die Zukunft der abendländischen Welt. In der Gemeinsamkeit dessen, was uns heute nottut, grüße ich Sie alle in der Heimat von Herzen.